

Eine Rückkehr der Berufsverbote?

Weil sie sich gegen Kapitalismus und Profitmaximierung engagiert, ist Lisa Poettinger in Bayern nicht zum Referendariat zugelassen worden. Auf Einladung des DGB diskutiert sie in Freiburg mit anderen Betroffenen.

Ihnen wurde die Zulassung zum Referendariat versagt. Warum?

Poettinger: Ich habe letztes Jahr mein Staatsexamen gemacht und mich anschließend für das Referendariat angemeldet. Normalerweise ist das eine reine Formsache. Man meldet sich an und wartet auf einen Brief, der einem mitteilt, an welchen Schulen man eingesetzt wird. In meinem Fall wären das wahrscheinlich München oder Erlangen gewesen. Im November erhielt ich ein 24-seitiges Schreiben, in dem mir mitgeteilt wurde, dass der Staat München plant, mir das Referendariat zu verweigern. Der Grund dafür waren meine Aktivität beim Klimatreffen, mein Selbstverständnis als Marxistin und die Verwendung von Begriffen wie Profitmaximierung, die als kommunistisch und damit angeblich antidemo-

kratisch angesehen werden. Zudem wurden zwei laufende Strafverfahren gegen mich angeführt. Man gab mir die Möglichkeit, mich zu diesen Vorwürfen zu äußern, was ich auch tat, indem ich meine Position zur Verfassung und Demokratie darlegte. Dann dauerte es sehr lange. Am 17. Februar hätte mein Referendariat beginnen sollen, aber erst am 10. Februar erhielt ich das endgültige Berufsverbot. Das war natürlich sehr problematisch, da es meine Planungssicherheit völlig zerstörte und ich mir plötzlich überlegen musste, wie ich im nächsten Monat meine Miete zahlen sollte.

In Freiburg diskutieren Sie beim DGB über die Rückkehr des Berufsverbots. Ist das nicht etwas hoch gegriffen?

Poettinger: In Bayern gibt es einen Fragebogen zur Verfassungstreue, in dem man angeben muss, ob man in bestimmten Gruppen aktiv ist. Das Klimatreffen steht seit einem Jahr auf dieser Liste, und ich bin seit drei Jahren dort aktiv. Ich hatte dies wahrheitsgemäß angegeben. Dieser Fragebogen existiert aktuell nur in Bayern. Aber Hamburg etwa plant, ihn wieder einzuführen. Das ist ein Überbleibsel aus der Zeit des Radikalenerlasses und der Berufsverbote. Insgesamt scheint es so, als ob das wieder im Kom-

men ist: In München gibt es einen weiteren Betroffenen, ebenso in Hessen und Baden-Württemberg. Auf der Webseite berufsverbote.de kann man die aktuellen Informationen dazu finden. Ich denke, diese Tendenz ist Ausdruck einer autoritären Wende und eines allgemeinen Rechtsrucks. In meinem Fall wird argu-



Lisa Poettinger

FOTO: PRIVAT

mentiert, dass der Staat Demokratie und Kapitalismus gleichsetzt, was ich für völlig falsch halte.

Wie machen Sie jetzt weiter?

Poettinger: Wir klagen derzeit. Wir befinden uns im Schnellverfahren und in der Hauptklage. Das kann jedoch lange dauern, und da die Miete in München bekanntlich hoch ist, arbeite ich weiterhin im Kindergarten, wo ich zuvor tätig war, und bin jetzt als Schulbegleiterin an einer Schule angestellt, jedoch nicht als Lehrerin. Mir ist es aber wichtig, juristisch dagegen vorzugehen, damit dies kein Präzedenzfall wird. Kapitalismus ist nicht gleich Demokratie. Und Menschen, die sich gegen den Kapitalismus und für Menschenrechte oder Klimagerechtigkeit einsetzen, sollten nicht mit dieser Begründung kriminalisiert werden können. Es ist wichtig, das Recht auf Meinungsfreiheit zu verteidigen.

Interview von Manuel Fritsch

▶ Lisa Poettinger (28) muss sich den Zugang zum Referendariat in Bayern erklagen.

▶ Veranstaltung: „Wieder Berufsverbote?“, Freitag, 11. April, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus, Friedrichstraße 41-43.